

Gefährlich und teuer



Wirkt ungefährlich, birgt aber politischen Sprengstoff: „Fracking“-Anlage in Tunkhannock, Pennsylvania (Foto: dpa)

Die Ankündigung der Bundesregierung, „Fracking“ auch in Deutschland zu ermöglichen, hat eine landesweite Debatte losgetreten.

Die Sozialdemokraten fordern für die nächsten Jahre ein Verbot der umstrittenen Gasfördertechnik, den: „Fracking“ ist unsicher und unrentabel, sagt SPD-Energieexperte Ulrich Kelber im SPD.de-Interview.

Wie bei der Energiewende vollführt die Bundesregierung auch beim Thema „Fracking“ einen Eiertanz: Vor der Landtagswahl in Niedersachsen hatte die damalige schwarz-gelbe Landesregierung sich noch gegen die hoch umstrittene Technik zur Förderung von Schiefergas ausgesprochen. Vor ein paar Tagen dann die Meldung, die Bundesregierung wolle die Förderung doch ermöglichen. Am Montag schließlich ruderte Umweltminister Peter Altmaier (CDU) zurück: Man wolle „Fracking“ einschränken, nicht ermöglichen.

Mehrheit ist gegen „Fracking“

So lässt die Regierung die Menschen wieder einmal bei einer zentralen politischen Frage im Unklaren. Doch die Bürgerinnen und Bürger lassen sich von dem Verwirrspiel nicht irritieren: Einer am Dienstag in der „Welt“ veröffentlichten Forsa-Umfrage im Auftrag des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU) zufolge sprechen sich 79 Prozent der Befragten für strenge Umweltauflagen beim „Fracking“ aus.

SPD.de sprach mit dem SPD-Fraktionsvizevorsitzenden und Energieexperten Ulrich Kelber über „Fracking“, die Sorgen der Bevölkerung und die Positionen der SPD.

SPD.de: Medienberichten zufolge will die Bundesregierung das sogenannte „Fracking“ ermöglichen. Worum handelt es sich dabei?

Ulrich Kelber: Durch „Fracking“ wird eine im Gestein eigentlich nicht gegebene Durchlässigkeit für die Öl- oder Gasförderung hergestellt, indem durch das Hineinpresse von Flüssigkeit Risse gebildet werden. Dadurch kann Erdgas oder Erdöl aus früher unerreichbaren Vorkommen gefördert werden.

SPD.de: Das Thema wird derzeit heiß diskutiert. Viele Menschen haben Sorge vor Umweltverschmutzungen im Zuge der Gasförderung. Zu Recht?

Ulrich Kelber: Ja! Heute werden für das „Fracking“, also das Aufreißen des Gesteins, umwelt- und wassergefährdende Chemikalien verwendet. Die Frackingflüssigkeit wird dann zwar so gut es geht wieder abgepumpt, aber meist nach Teilbehandlung vor Ort dauerhaft verprasst. Außerdem können bei mangelhafter Abdichtung des Bohrlochs auch weiter oben liegende Grundwasservorkommen verseucht werden.

SPD.de: Sollte das umstrittene Verfahren zur Gasförderung nicht lieber ganz verboten werden?

Ulrich Kelber: Die SPD will ein Moratorium, also ein Verbot mindestens für die nächsten Jahre. Dauerhaft müssen auf jeden Fall aber das Verbot des „Fracking“ in Wasserschutzgebieten, das Verbot des Einsatzes von Chemikalien, das Verbot des Verpressens der „Fracking-Flüssigkeit“ und verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfungen gesichert sein.

SPD.de: Von Seiten der Industrie hingegen wird frohlockt, Fracking könne Deutschland von Gasimporten unabhängiger machen. Kritiker wiederum sagen, die Methode sei unrentabel. Wer hat Recht?

Ulrich Kelber: Schon wenn die eben genannten Mindestauflagen gemacht würden, wäre „Fracking“-Erdgas auf keinen Fall billiger als konventionelles Erdöl. Anders als in den USA würde auch die Import-Abhängigkeit nicht beseitigt werden, dafür sind die Vorkommen zu klein. „Fracking“ würde also auch wirtschaftlich keinen Sinn machen.

USA: Protestbewegung auf dem Vormarsch

In den USA schlägt das Thema schon länger hohe Wellen. Dort hat „Fracking“ zu einem wahren Öl- und Gasboom geführt. Aufgrund von hohen Umweltbelastungen regt sich dort jedoch immer stärkerer Protest. Zuletzt hatte die von der Künstlerin Yoko Ono [gegründete Organisation „Artists Against Fracking“](#) durch medienwirksame Aktionen von sich Reden gemacht. Der Schauspieler Matt Damon ist zudem mit dem [„Fracking“-kritischen Film „Promised Land“](#) bei der diesjährigen Berlinale zu Gast.